

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachgelassene: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1923 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Werbemerkmalen berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklamzeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offertengeduld 30 Pfg., Ausm. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 38 42
Druck u. Verlag von Neisich & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1068 Dresden

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gröner fordert das neue Panzerschiff.

Der Ausschuss stellt Beschlüsse zur Phöbus-Angelegenheit vorläufig zurück.

Mit Rücksicht auf die Erkrankung des Kanzlers.

Berlin, 2. März. Der Haushaltsausschuss erteilte zunächst dem Reichsvertehrminister die Ermächtigung, 100 Anträge, wie er verlangte, 150 Anträge in den Reichswasserbau einzustellen. Ferner wird spätestens bis zur nächsten Staatsberatung vom Minister eine Denkschrift über die polizeilichen Wasserbauverhältnisse verlangt, die gleichzeitig Stellung nimmt zu der Frage, ob dem Reichswasserbau auch die Ueberwachung des Zollschmuggels und der Seefischeri übertragen werden kann. Bei der dann fortgesetzten Beratung des Marineetats gab Reichswehrminister Dr. Gröner seine mit Spannung erwartete Erklärung zur Phöbus-Angelegenheit ab. Er führte aus:

Der Haushaltsausschuss hat gestern in der Phöbus-Angelegenheit den Beschluss gefasst, die Reichsregierung zu ersuchen, den Bericht über das bisherige Ergebnis der Untersuchung des Staatsministers Sämisch dem Ausschuss sofort vorzulegen. Die Reichsregierung hat sich gestern nachmittags mit der Angelegenheit befasst. Die Berichtserstattung des Staatsministers Sämisch ist vom Herrn Reichskanzler, der ihn zu einem persönlichen Kommentar bestimmt hatte, eingefordert worden. Bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit legt der Herr Reichskanzler besonderen Wert darauf, dass ihre parlamentarische Erledigung auch weiterhin im engheren Einvernehmen mit ihm persönlich erfolgt. Mit Rücksicht auf den derzeitigen Gesundheitszustand des Reichskanzlers bittet die Reichsregierung, wegen der erforderlichen Zustimmung mit dem Herrn Reichskanzler

die Beratung der Angelegenheit im Ausschuss für einige Tage zurückzustellen und inzwischen in der Beratung des Marine-Etats fortzuführen.

Gegenüber verschiedenen Angriffen gegen meine persönliche Stellungnahme zur Phöbus-Angelegenheit lege ich mich außerdem zu folgender Erklärung veranlasst:

1. Ich mißbillige die Transaktionen des Kapitäns Vohmann auf das Schärfste und muß der Abordnung mein Bedauern in vielen Punkten durchaus recht geben.

2. Ich bin entschlossen, mit allen derzeitigen illegalen Unternehmungen gründlich aufzuräumen.

3. Ich werde Vorlage treffen, daß derartige Vorkommnisse sich nicht wiederholen können.

Was den Vorwurf betrifft, ich ließe mich einwickeln und hinter die Fiktion führen, so wird die Zukunft das Unberechtigte dieser Vorwürfe erweisen. Allerdings verspreche ich mir nichts von Pressenkampagnen und Versammlungsgesängen. Ich bin kein Freund von harten Worten, sondern pflege zu handeln. Revidieren Sie später diese Handlungen. Bis dahin darf ich aber wohl eine gewisse Zurückhaltung in vorläufiger Art erwarten.

Zur Geschäftsordnung ersuchte Abg. Müller-Franken (Soz.), die Angelegenheit entsprechend der neuen Sachlage, die durch die Erklärung des Ministers geschaffen worden ist, einige Tage zurückzustellen. Bis dahin könne aber auch der Marineetat nicht völlig erledigt werden. Die betreffenden Titel müssten zurückgestellt werden. Mit Befriedigung habe seine Fraktion Kenntnis von der Erklärung angenommen, daß der Minister mit allen derzeitigen Unternehmungen gründlich aufzuräumen wolle. — Abg. Stoeker (Komm.) nennt diese Erklärung eine Verschleppung und Verzögerung der Angelegenheit. Er lege auch in der Erklärung des Reichswehrministers den Versuch einer Verdunkelung und Verschleiierung. Abg. Dr. Haas (Dem.) widerspricht dem Vorredner. Dem Punkte des Reichskanzlers, persönlich mit den Parteien zu verhandeln, müsse entsprochen werden.

Es wird beschlossen, die Beratung fortzusetzen, aber die Beschlussfassung über die beantragten Titel auszuschieben.

Zum Marineetat

fürte darauf Minister Gröner aus: Kernstück des Marineetats ist das Panzerschiff A, das angefordert ist als erster Ersatz der alten Vintenschiffe. Das Lebensalter ist nach dem Berliner Vertrag und dem Washingtoner Abkommen auf 20 Jahre bemessen. Bis dieses Panzerschiff gebaut ist, ist unter Art. 1 des Vintenschiffes 28, das künftige 24 Jahre alt. Die Vintenschiffe sämtlicher anderen Staaten sind weit jünger. Der Gedanke, nur mit Kreuzern auszukommen, ist absolut abwegig. Wir denken dabei nicht daran, wieder eine Seeschlacht großen Stiles zu führen, aber Seestreitkräfte ohne Ausbildung der Kampfkraft können nur von sekundärer Bedeutung sein. Die Kreuzer sind unzureichend im Geschicht. Sie sind einseitig auf den militärisch besonders schädlichen Gedanken „sich frühzeitig aus dem Geschicht zu ziehen“.

Wir wollen doch hoffen, daß die Ostsee eine freie Ostsee bleibt!

Die letzten Seestreitkräfte brauchen einen Rückhalt an Kampfschiffen. Sonst ist die Seestreitführung nichts anderes als eine „Macht in den schützenden Häfen“. Ein Blick auf die Karte beweist die Wichtigkeit der freien Ostsee und ihre leichte Gefährdung. Welche Aufgaben hat unsere Flotte? Es handelt sich um den Schutz unserer Küsten, um die Sicherung für uns lebenswichtigen Verbindungen über die Ostsee, um das Offenhalten der Ostseehäfen Königsberg, Stettin, Lübeck, Kiel.

Die Sicherung unserer Verbindung mit Ostpreußen; sie ist wichtig in militärischer, politischer und wirtschaftlicher

Beziehung; die Sicherung unserer Neutralität. Wir dürfen uns nicht der Willkür Fremder ohne weiteres preisgeben und uns nicht einem Diktat von anderer Seite unterwerfen. Die Landkräfte allein können die Aufgabe des Schutzes Ostpreußens nicht übernehmen. Der Einwand, man könne Ostpreußen besser auf wirtschaftlichem Gebiete helfen, ist nicht stichhaltig; denn wirtschaftliche Maßnahmen allein beseitigen nicht die Gefahr, die durch kriegerische Verwicklungen drohen, ohne daß wir daran aktiv beteiligt sind. Ostpreußen wird auf den Schutz durch Seeverbindungen nicht verzichten können und wollen. Was die etwaigen außenpolitischen Wirkungen angeht, so sind wir in Uebereinstimmung mit dem Auswärtigen Amte. Natürlich wird ein solcher neuer Typ der Panzerschiffe alle Fachleute interessieren, aber daß wir unsere 28 Jahre alten, überalterten Schiffe ersetzen, wird jedes Land verstehen. Es gibt Leute, die aus jeder Kleinigkeit das Gift der Propaganda ziehen. Graf Montagu las zitierte kürzlich das Wort eines belarischen Völkerrechtlers: Der Völkerbund in Genf will nur Völker, die sich zu wehren wissen! Die schwierige finanzielle Lage darf Notwendiges nicht verhindern. Wir dürfen uns freiwillig nicht noch mehr entzweiigen, als wir dazu gezwungen sind. Wären wir das Panzerschiff jetzt nicht, würden wir zu sehr erheblichen unproduktiven Ausgaben in den nächsten Jahren gezwungen sein. Alle Gründe militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art fordern den Bau. Wir sind noch meiner Ueberzeugung mit dem neuen Schiffe auf dem richtigen Wege. Ich bitte dringend um die Genehmigung.

Abg. Engelhardt (Soz.) legte die Gründe dar, die nach Meinung seiner Partei gegen den Bau von Panzerschiffen sprechen.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) fragte den Vorredner, warum denn Polen den Arsenikshafen Gdingen zum Konstruktionshafen von Kiel mit allen Mitteln ausbaue? Kein Mensch könne überleben, was in zehn bis zwanzig Jahren geschehen werde. Er wundere sich, wie aus diesem einen Panzerschiff eine Elefantensnake gemacht werde, wiewohl wir das Recht des Verfallens Verträge auf vier solcher Schiffe hätten. Bündnisfähig sei ein Volk heute nur in der internationalen Weltgeltung, wenn es auch zur See mitsprechen könne. Sonst könne es auch seine Neutralität nicht wahren. Die Deutschen Werke bezifferten im übrigen die Zahl der zu entlassenden Arbeiter, wenn ihnen der Panzerbau nicht übertragen werde, auf rund 6000 Mann. Er halte die Bewilligung des Panzerschiffes für eine haarspaltige Notwendigkeit.

Ministerialdirektor Dr. Bredt begründete den Beschluss des Reichsrates, diesen Neubau des Panzerschiffes fest zu streichen. Es seien mehr finanzielle als militärische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Der Reichsrat habe auch seine endgültige Entscheidung für die künftigen Jahre treffen wollen, habe aber für den Augenblick eine dringende Lebensnotwendigkeit für diese Bewilligung nicht gesehen und daher die Abfertigung für notwendig gehalten, um so mehr, als im

nächsten Jahre dann mindestens 30 Millionen bewilligt werden müßten.

Abg. Dr. Wegmann (Centr.) erklärte namens seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Bau des Panzerschiffes. Die Begründung durch den sozialdemokratischen Redner erweise doch merkwürdig angesichts der Tatsache, daß die Sozialdemokratie auch die kleinen Kreuzer abgelehnt habe. Deutschland müsse auf alle Eventualitäten gerüstet sein. Was im übrigen die Wehrkraft bedeuete, zeige der Handreich der Polen auf Wilna. Seine Partei könne es aber nicht verantworten, daß die Marineoffiziere — im Ernstfalle — auf nicht kampftüchtigen Schiffen ihr Leben wagten.

Abg. Treviranus (Nat.) nennt sich überzeugter Befürworter der Idee des abwehrkräftigen bewaffneten Pazifismus. Der die Marine bejahe, müsse auch die nötigen Schiffe gewähren. Wüßig abwegig seien Vorwürfe, als ob die Marine Selbstzweck zur Beschäftigung der Offiziere sei. Allzuviel Rücksichtnahme auf ausländische Polemiken sei nicht angebracht. Vor dem Völkerbund könne die Unhaltbarkeit solcher Angriffe durch Zahlen leicht bewiesen werden. Man solle weniger reden und mehr handeln, die Marine kampfs- und schlagkräftig zu machen.

Der Redner nimmt den Kaiserlichen Yachtklub in Schutz. Der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gehören sogar auch Reichstagsabgeordnete an. (Zuruf: Wissenschaftliche Aufgaben.) Auch der Kaiserliche Yachtklub habe solche wissenschaftliche Aufgaben in der Seezeitung usw. Sein Name erzeuge im übrigen im Auslande keinen Anstoß. Die Weiterberatung wird dann auf Sonnabend vertagt.

Ein Aufruf des Deutschen See-Vereins.

Der Deutsche See-Verein (S. V.) hat eine an den Reichstag und die Reichsregierung gerichtete Entschliessung gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß zahlreiche Landesverbände und Ortsgruppen des Deutschen See-Vereins fordern, daß die uns belassene Wehrmacht zur See auf die höchst erreichbare Stufe der Leistungsfähigkeit gebracht wird, um durch unsere Kriegsschiffe den Lebenswillen des deutschen Volkes wieder in die Welt hinaustragen und dem Gedanken der deutschen Seegelung Nachdruck verleihen zu können, den sie durch die Ablehnung der Baurate ernstlich bedroht sehen. Sie bebauern dies aber auch auf das lebhafteste angesichts der Tatsache, daß alle für den Kriegsschiffbau bewilligten Geldmittel der deutschen Industrie, den deutschen Werften und damit den sonst beschäftigungslos werdenden deutschen Arbeitern zugute kommt.

Das Präsidium des Deutschen See-Vereins hat sich in seiner am 23. Februar abgehaltenen Sitzung die Sorgen und Bedenken seiner Landesverbände und Ortsgruppen vollständig zu eigen gemacht. In ihrer aller Namen bittet der Präsident v. Vincke um dringend, tatkräftig dafür einzutreten, daß die von der Reichsregierung wieder hergestellte Vorlage unverzüglich bewilligt wird.

Pariser Stimmungsmache gegen Ungarn.

Die Regelung der Investigationen Hauptaufgabe für Genf.

Paris, 2. März. In einer Vorlesung zur Tagung des Völkerbundsrates gibt der „Matin“ der Auffassung Ausdruck, daß der polnisch-litauische Konflikt nicht auf die Tagesordnung gesetzt werde. Als die große Aufgabe dieser Tagung bezeichnet das Blatt die genaue Festlegung der Investigationenmethoden des Völkerbundes. In Anspielung auf einen Artikel des „Petit Globe“, der Briand beschwört, die Vocarno-Politik vor den Wahlen nicht dadurch zu kompromittieren, daß er keine Aktion gegen Ungarn einleite, glaubt das französische Blatt vorberzagen zu können, daß sich Briand entschlossen zeigen und eine Untersuchung der Genth-Hotthard-Affäre verlangen werde. Die Abmachungen von Vocarno haben vor, gewisse Rechte der Steier gegenüber den Besiegten aufzugeben, unter der Bedingung, daß der Völkerbund sich mit der Durchführung der Verträge befaße. Wenn der Bund hierzu unfähig sei, dürfe man nicht annehmen, daß Frankreich auf jede Kontrolle verzichten werde. Schließlich gibt der „Matin“ seinem Bedauern Ausdruck, daß sich die ungarische Regierung mit Graf Bethlen zum zweiten Male innerhalb drei Jahren gegen die internationale Moral auflehne.

Die Unrechtmäßigkeit der Aktion des Ratspräsidenten.

Ein kompetentes französisches Urteil.

Budapest, 2. März. Das Mitglied der französischen Akademie, Charles Dupuis, äußerte sich einem Vertreter des ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Büros gegenüber über die rechtliche Seite des Investigationenverfahrens und sagte, daß er die Punkte des Völkerbundsstatuts, die sich auf das Investigationenrecht bezögen, aufmerksam durchgesehen habe, jedoch darin nichts gefunden habe, wodurch die Vorschriften des Statuts des Völkerbundsrates, die er außerhalb der außerordentlichen Sitzungen treffe, be-

gründet werden könnte. Es mache sich schon seit einiger Zeit im Völkerbundsrat bemerkbar, daß er sich eine Machtvollkommenheit zuschreibe, die sowohl dem Geiste des Völkerbundsstatutes wie auch dem Texte seiner Statuten widerspreche.

Der Genfer Vertreter des „Petit Parisien“ veranstaltete eine Untersuchung bezüglich der Gerichte über eine

Verlegung des Völkerbundsitzes

von Genf. Nach den Aussagen eines hohen Völkerbundsbeamten sei hiervon so wenig die Rede, daß man sich gerade im Augenblick damit beschäftigen, die Pläne für das neue Völkerbundsstatut festzulegen. Ueber die Vorgeschichte dieser Gerichte weiß der Korrespondent zu berichten, daß der Vertreter Italiens in Venedig kürzlich Jaseki vertraulich mitteilte, daß im Falle der Aufhebung der Frage einer Verlegung des Völkerbundsitzes die italienische Delegation sich für Wien aussprechen werde. Seitdem habe aber Mussolini vielleicht seine Auffassung geändert. Was Oesterreich anbelange, so habe der Oesterreichische Gesandte in Venedig dem Bundesrat Romita verschiedene Besuche abgestattet, um ihm zu versichern, daß seine Regierung nichts getan habe und nichts tun werde, um Genf den Völkerbundsitz freitrag zu machen.

Eine erprehte Erklärung über Südtirol.

„... niemals Bedrückungen vorgekommen.“
Zandbrunn, 2. März. Wie aus Bozen berichtet wird, herrscht dort über eine von den Hotelbesitzern erzwungene Erklärung, es wären in Südtirol niemals Bedrückungen vorgekommen, in der deutschen Bevölkerung äußerste Erbitterung. Man erinnert daran, daß noch vor kurzer Zeit die faschistische Presse die Entzerrung der deutschen Schrift in Südtirol aus den Fremdenverkehrseinrichtungen, insbesondere aus Hotelbetrieben, gefordert habe, damit diese rein italienischen Charakter erhalten und der deutsche Einfluß ausgemerzt werde. Man fragt sich, wie die faschistischen Kreise in Bozen diese in der Öffentlichkeit erhobene Forderung mit der eben erprehten Erklärung in Einklang bringen werden.